

Mitgliedervollversammlung

14. Juli 2025



Tagungsunterlagen

Antrag T1

Tagesordnung der Mitgliedervollversammlung der Linken Neukölln am 14.7.2025

Antragsteller:innen: Bezirksvorstand

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

1. Begrüßung und Konstituierung (18.30 Uhr)
 2. Aussprache zur politischen Lage und Situation der Partei (19 Uhr)
 3. Antragsberatung (20 Uhr)
 4. Nachwahl der Sprecherin und der stellvertretenden Sprecherin
 5. Termine und Ankündigungen (21.15 Uhr)
 6. Schluss (21.30)
-

Vorschlag Tagungsleitung:

Josephine Sahner, Jorinde Schulz, Simon Hüsken (Protokoll)

Vorschlag Antragsberatungskommission:

Wiebke Beushausen, Georg Frankl, Thomas Ortmann, Kai Weluda, Simon Wieschollek

Vorschlag Wahlkommission:

Philipp Dehne, Ruben Lehnert

Vorschlag Mandatsprüfungskommission:

Carla Aßmann, Susanka Sambefski, Hannah Vongries

Antrag A1

Zur weiteren strategischen Ausrichtung der Linken Neukölln Menschen vor Profite! Für eine starke Linke!

Antragsteller:innen: Hermann Nehls (Sprecher des Bezirksverbands, BO Reuterkiez); Luis Sanz Jardón (Stellv. Sprecher des Bezirksverbands, BO Kranoldkiez); Josephine Sahner (Schatzmeisterin des Bezirksverbands, BO Kranoldkiez), Vedi Emde (Bezirksvorstand, BO Sonne), Nina Pietropoli (Bezirksvorstand, BO Sonne), Emmi Stiegler (Bezirksvorstand, BO Kranoldkiez), Kai Weluda (Bezirksvorstand, BO Sonne).

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

1 **Wir stellen uns quer. Gegen Mietenwahnsinn und Kürzungen, gegen rechten Terror, für**
2 **internationale Solidarität! Für eine kämpferische Linke in Neukölln. Wir organisieren**
3 **Gegenmacht – im Kiez, im Betrieb, auf der Straße und in den Parlamenten.**

4 Ob Aufstieg der radikalen Rechten, die Klimakatastrophe, zunehmende soziale Ungleichheit,
5 Angriffe auf erkämpfte demokratische Rechte und Gleichberechtigung – die Krise ist längst
6 zum Dauerzustand geworden. Gleichzeitig findet vor den Augen der Weltöffentlichkeit ein
7 Völkermord an den Palästinenser*innen statt – mit aktiver Unterstützung der
8 Bundesregierung.

9 Wir erleben einen Epochenbruch: Der globale Kampf um Hegemonie spitzt sich zu –
10 Weltmarktkonkurrenz, massive Aufrüstung, immer mehr Kriege und gleichzeitig Kürzungen
11 auf allen Ebenen. Die arbeitgebernahen Institute sagen es offen: „Kanonen ohne Butter.“ Und
12 was das bedeutet, erleben wir konkret mit Renten- und Sozialkürzungen, Kürzungen bei
13 Bildung, Gesundheit und Kultur – insbesondere auch hier in Neukölln.

14 Und währenddessen übernimmt die Bundesregierung zentrale Forderungen der AfD und
15 verschärft ihre Abschottungspolitik dramatisch: Das Asylrecht wird faktisch abgeschafft,
16 Gerichtsurteile ignoriert, und rassistische Spaltungsnarrative dominieren den öffentlichen
17 Diskurs. Geflüchtete, migrantische und migrantisierte Menschen sowie Armutsbetroffene
18 werden zunehmend zur Zielscheibe von Ausgrenzung und Hetze.

19 Gerade jetzt braucht es eine starke, mutige, gut organisierte und organisierende Linke.
20 Zeigen wir, wie das geht!

21

22 Unsere Leitlinien

23 Die Linke Neukölln steht für eine sozialistische, internationalistische und antikapitalistische
24 Linke. Wir begreifen uns als Motor verbindender Klassenkämpfe. Wir stehen für
25 Selbstermächtigung statt für Stellvertretertum, für nachhaltige Organisation von unten. Wir
26 hören zu und haben gleichzeitig den Mut zu sagen, was ist – an Haustüren, in der

27 Sozialsprechstunde, im Betrieb, im Parlament und auf der Straße. Wir machen Politik mit den
28 Menschen, nicht für sie. [ÄA1c.1 ersetzen durch: Wir machen Politik mit und für die
29 Menschen.]

30 Wir stehen konsequent an der Seite sozialer Bewegungen – gegen Kürzungen und für
31 Enteignung großer Wohnungskonzerne, gegen Faschismus und Rassismus [ÄA1c.2 ergänzen:
32 und Antisemitismus], für Klimagerechtigkeit und den Erhalt unseres Tempelhofer Felds, für
33 Frieden, Gerechtigkeit und ein Ende des Völkermords an den Palästinenser*innen. Wir
34 kämpfen gemeinsam gegen Ausbeutung und jede Form der Unterdrückung.

35 Der Bezirksverband Neukölln will dazu beitragen, die Linke zu einer systemoppositionellen,
36 sozialistischen Massenpartei [ÄA1c.3 ersetzen durch: antikapitalistischen, sozialistischen
37 Mitgliederpartei] mit starker gesellschaftlicher Verankerung weiter aufzubauen – eine Partei,
38 die Klassenbewusstsein fördert, den öffentlichen Diskurs nach links verschiebt und konkrete
39 Gegenmacht organisiert. Unser Ziel für die nächsten Monate und darüber hinaus: Starke
40 Bewegungen und Protest auf der Straße, ein starker Wahlkampf [ÄA1c.4 ergänzen: starke
41 Interessenvertretung in den Parlamenten] und eine starke Mitgliederpartei!

42

43 **Unser strategischer Dreiklang: Sensibilisieren. Mobilisieren. Organisieren**

44 **1. Sensibilisieren**

45 Sensibilisieren bedeutet für uns, die Menschen in ihrer konkreten Lebensrealität, auf der
46 Ebene ihrer alltäglichen Erfahrungen zu erreichen – und das Bewusstsein für die
47 dahinterliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu schärfen. Sensibilisierung heißt konkret:
48 politische Bildungsarbeit, gezielte Öffentlichkeitsarbeit, Diskursverschiebung – immer
49 verbunden mit konkreter Praxis. Denn Hoffnung entsteht vor allem dort, wo Menschen
50 praktisch erfahren, dass sie etwas erreichen können.

51 **AG Politische Bildung stärken & Weiterbildungsprogramm fortsetzen**

52 Unsere Bildungsreihe zu politischem Grundlagenwissen wird fortgesetzt und systematisch
53 ausgebaut. Die Mitgliederumfrage zeigt großes Interesse an aktiver Mitgestaltung – deshalb
54 gründen wir die AG Politische Bildung. Ziel: Ein umfassendes Bildungsangebot für Mitglieder
55 und Interessierte – mit Grundlagenwissen, Parteigeschichte, Analyse aktueller
56 Entwicklungen, Kiezspaziergängen und praxisorientierten Workshops, die unsere
57 Kampagnen, Projekte und Proteste flankieren.

58 **Zielgruppenspezifische Social Media Arbeit**

59 Politische Kommunikation muss die Menschen dort abholen, wo sie stehen – sprachlich,
60 visuell und inhaltlich. Wir entwickeln ein Konzept für zielgerichtete und mehrsprachige
61 Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen auf TikTok und Instagram. Wir wollen ein Team von
62 SocialMedia-Begeisterten aufbauen, das über die nächsten Monate die Linke Neukölln rockt.

63 **Neustart der Neuköllnisch**

64 Unser Bezirksmagazin wird neu aufgelegt – informativ, unterhaltsam und aktivierend. Ziel ist
65 eine Ausgabe auf jedem Neuköllner Küchentisch. Die Mitgliederumfrage zeigt starkes
66 Interesse an Beteiligung – wir greifen das auf und entwickeln gemeinsam eine neue
67 Neuköllnisch, die verständlich, nahbar, verbindend und politisch pointiert ist.

68 **Vorpolitische Formate: Roter Salon & Kulturveranstaltungen**

69 Mit dem ‚Roten Salon‘ schaffen wir einen Raum für politische Begegnung im kulturellen
70 Rahmen – durch Lesungen, Filmabende und Diskussionen. Diese offenen Formate senken
71 Zugangshürden, fördern politische Auseinandersetzung und stärken Vertrauen und
72 Zusammenhalt – gerade für Menschen, die sich (noch) nicht als politisch aktiv verorten.
73 Dafür bauen wir gezielt Kontakte zu Akteur*innen der Neuköllner Kunst- und Kulturszene auf
74 – und schaffen Sichtbarkeit für marginalisierte Künstler*innen und Themen.

75

76 **2. Mobilisieren**

77 Mobilisierung für politische Kampagnen, Initiativen, betriebliche Kämpfe / Streiks und
78 Proteste ist für uns ein zentraler Hebel, um Druck von unten aufzubauen, linke Forderungen
79 durchzusetzen und gemeinsame Ziele zu erreichen. So stärken wir nicht zuletzt kollektive
80 Selbstermächtigung und Klassenbewusstsein. Mit Protest- und Bewegungsaufbau sowie
81 Kampagnen gegen Kürzungen, zu Antifaschismus, Wohnen, Palästina, Queerfeminismus, Müll
82 und dem Schutz und Erhalt des Tempelhofer Felds bündeln wir die wichtigsten Anliegen, die
83 sich im Wahlkampf, im Alltag vor Ort und bei vielen neuen Mitgliedern als zentral und
84 aktivierend herauskristallisiert haben.

85 Sozialsprechstunden, Kiezversammlungen und -Feste, sowie vorpolitische und mehrsprachige
86 Angebote sind dabei wichtige Instrumente, um den direkten Kontakt zu den Nachbar*innen
87 zu fördern, ihre Anliegen sichtbar zu machen, niederschwellige Beteiligung zu ermöglichen
88 und Präsenz als Partei zu zeigen – besonders auch in migrantisch geprägten Kiezen bzw. im
89 Neuköllner Süden. Unser langfristiges Ziel ist es stets, darauf aufbauend Menschen
90 einzuladen, die Linke als politisches zuhause zu entdecken und sich nachhaltig mit uns zu
91 organisieren. Dazu gehört u.a. die Etablierung der Winter- und Sommerfeste.

92 Der Haustürwahlkampf hat eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig die persönliche Ansprache und
93 Kontakt ist: In Neukölln haben wir damit viele Menschen erreicht, Aktive mobilisiert und
94 Wähler*innen gewonnen. Diese Praxis wollen wir auch insbesondere in Süd-Neukölln
95 verstetigen.

96 Ebenso bedeutend war das Engagement vieler Genoss*innen bei lokalen Kundgebungen,
97 zum Beispiel gegen Rechtsextremismus in Neukölln, bei Unterschriftensammlungen und
98 Streikunterstützung, aber auch bei großen überregionalen Mobilisierungen wie dem 1. Mai
99 oder der United4Gaza-Demonstration, bei der wir einen linken Block von etwa 2.000
100 Menschen organisieren konnten. Diese Praxis wollen wir fortsetzen, strukturell verankern

101 und unsere Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit auch jenseits von Wahlkämpfen
102 ausbauen. Hierfür führen wir verstärkt Aktionstage durch.

103 Die Linke Neukölln steht für eine arbeitsteilige Praxis, die vielfältiges ehrenamtliches
104 Engagement ermöglicht und flexibel auf gesellschaftliche und politische Impulse sowie auf
105 solche aus der Mitgliedschaft reagiert. Wir verstehen uns als aktive Mitgliederpartei!

106

107 **Antifaschismus & Kampf gegen Rechts**

108 In Neukölln hat sich in den letzten Jahren gezeigt, wie notwendig kollektive Gegenwehr
109 gegen rechten Terror ist – insbesondere dort, wo migrantische, queerfeministische und
110 zivilgesellschaftliche und linke Strukturen gezielt angegriffen werden. Wir wollen
111 Antifaschismus deshalb als eigenständigen politischen Schwerpunkt im Bezirksverband
112 verankern. Dazu streben wir den Aufbau einer AG Antifaschismus an, die antifaschistische
113 Arbeit im Verband koordiniert und weiterentwickelt. Die Zusammenarbeit mit lokalen
114 Bündnissen wie dem Bündnis Neukölln – insbesondere im Süden des Bezirks – und
115 überregionalen Kampagnen wie „Aufstehen gegen Rassismus“ und „Widersetzen“ soll
116 intensiviert werden.

117 **Wohnen**

118 In Neukölln bedeutet Wohnen für viele: steigende Mieten, Verdrängung und ein akuter
119 Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Besonders betroffen sind einkommensschwache,
120 migrantische und alleinerziehende Haushalte. Kaum ein Lebensbereich macht den
121 Widerspruch zwischen Kapitalinteressen und Alltagsbedürfnissen so sichtbar wie das
122 Mietverhältnis zwischen Mieter*innen und Großkonzernen. Hier können wir politische
123 Missstände mit einer antikapitalistischen Perspektive verbinden. Forderungen wie
124 Vergesellschaftung und Enteignung sind in diesem Feld längst mehrheitsfähig. Hinzu kommen
125 Forderungen wie die nach konsequenter Bekämpfung von Zwangsräumungen und gegen die
126 Zweckentfremdung von Wohnraum. Es gilt, konkrete Kämpfe aufzubauen und mit einer
127 glaubwürdigen sozialistischen Erzählung zu verbinden und Die Linke als Kraft der
128 Mieter*innen zu verankern. Die Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände bleibt für uns
129 ein zentrales Ziel, das wir unter anderem durch die Unterstützung der Kampagne Deutsche
130 Wohnen & Co. Enteignen vorantreiben.

131 Dazu wollen wir eine AG Mietenwahnsinn aufbauen, uns aktiv an Protesten und Kampagnen
132 gegen Verdrängung beteiligen und Mieter*innen bei der Selbstorganisation – etwa durch
133 Versammlungen oder Haustürgespräche – unterstützen. Ein bezirklicher Mietengipfel soll
134 wohnungspolitische Akteure zusammenbringen und Kräfte bündeln. Wir beteiligen uns an
135 der bundesweiten Mieten-Kampagne der Linken und mobilisieren zum Aktiven-Kongress der
136 Linken, der am 3. bis 5. Oktober in Berlin stattfindet.

137 **[ÄA1a einfügen: Vermüllung und Abfallpolitik**

138 **Wir fordern eine linke Abfallpolitik, die soziale Ursachen ernst nimmt, ökologische**
139 **Verantwortung übernimmt und solidarische Lösungen organisiert. Wir wollen, dass die**

140 Neuköllner:innen sich wieder auf ihren Straßen und in ihren Kiezen wohlfühlen können. Als
141 Bezirksverband der Linken Neukölln werden wir uns weiter mit lokalen Initiativen vernetzen
142 und diese unterstützen. Wir setzen uns für eine nachhaltige Müllreduktion in unseren Kiezen
143 ein, durch Unterstützung von und Einsatz für: Umweltbildungsangeboten, Aufklärung und
144 Öffentlichkeitsarbeit, flächendeckende öffentliche Mülleimer, Schaffung von Sperrmülltagen
145 und die Errichtung von mehr Drogenkonsumräumen in den Kiezen. Zudem setzen wir und
146 dafür ein, dass der Landesverband eine kritische Evaluation der Reinigungsklassen der BSR
147 durch die entsprechenden Verantwortlichen unterstützt. Wir stehen an der Seite der
148 Beschäftigten der BSR und kämpfen gemeinsam mit ihnen für die Verbesserung der
149 Arbeitsbedingungen, der Bezahlung und Personaldeckung.]

150 **Internationalismus, Frieden und Palästina-Solidarität**

151 Internationale Solidarität ist für uns als Linke Neukölln keine abstrakte Parole, sondern
152 konkrete Praxis – in einem Bezirk, in dem Menschen aus über 160 Nationen leben und viele
153 direkt von Krieg und Vertreibung betroffen sind. Wir stehen an der Seite aller, die für
154 Gerechtigkeit, gleiche Rechte und Selbstbestimmung kämpfen – gegen Apartheid, Besatzung,
155 ethnische Säuberung und Völkermord. [ÄA1c.5 ergänzen: und für die Aufnahme
156 palästinensischer Geflüchteter sowie die Freilassung aller israelischen Geiseln] Denn gerade
157 hier in Neukölln, dem Bezirk mit der größten palästinensischen Community Europas, sehen
158 wir: Wer sich für Frieden und gleiche Rechte einsetzt, wird diffamiert, kriminalisiert und
159 massiver Repression und Gewalt ausgesetzt. Unsere Solidarität ist antikolonial, antirassistisch
160 und unteilbar.

161 Wir stellen uns entschieden gegen Aufrüstung, Waffenexporte und deutsche Unterstützung
162 für autoritäre Regime – sei es durch militärische Lieferungen oder politische Rückendeckung.
163 Konkret wollen wir uns an überregionalen Protesten gegen Krieg und Aufrüstung, den
164 Genozid in Gaza und die Freiheit Palästinas beteiligen, lokale Bündnisse mit
165 palästinensischen, jüdischen, israelischen und internationalen palästinasolidarischen
166 Initiativen stärken und eigene Kundgebungen im Kiez durchführen. Durch Haustürgespräche,
167 Infostände und Unterschriftenaktionen wollen wir politische Präsenz im Alltag zeigen.

168 **Kürzungen [ÄA1b ersetzen durch: Kampf gegen Kürzungen und strukturelle 169 Unterfinanzierung bei Bildung, Jugend und Sozialem]**

170 Was ‚Kanonen ohne Butter‘ konkret bedeutet, erleben wir zurzeit in Neukölln. [ÄA1b
171 ergänzen: Nach Jahrzehnten neoliberaler Politik sind die Neuköllner Schulen, die
172 Jugendsozialarbeit, die Kinder- und Jugendhilfe und die soziale Daseinsvorsorge ohnehin in
173 einem desolatem Zustand.] Statt Reiche zur Kasse zu bitten, sollen [ÄA1b ergänzen: nun
174 weiter] Sozialleistungen gekürzt, öffentliche Einrichtungen geschlossen und das Leben
175 derjenigen schwerer gemacht, die ohnehin schon am meisten kämpfen. Aktuell werden
176 Kürzungen im Jugendbereich in Höhe von 1,5 Mio. Euro verlangt. Ohne Schließungen von
177 Einrichtungen ist das nicht zu machen. Wir haben uns als Linke Neukölln klar positioniert: Wir
178 sagen ‚Nein – mit uns ist das nicht zu machen‘. Und wir stehen hinter unserer Stadträtin,
179 Sarah Nagel, die sich weigert, die Kürzungen umzusetzen und Jugendclubs zu schließen. Der

180 Kampf gegen Kürzungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge ist einer unserer
181 Schwerpunkte in den nächsten Monaten.

182 Angesichts der bereits beschlossenen und drohenden Kürzungen des schwarz-roten Senats
183 fordern wir den Landesvorstand der Linken Berlin auf, eine berlinweite, öffentlich sichtbare
184 und politisch offensive Kampagne der Partei gegen den sozialen Kahlschlag zu initiieren. Als
185 Bezirksverband setzen wir uns dafür ein, den Widerstand gegen die CDU-SPD-Kürzungspolitik
186 fortzusetzen und zu bündeln. Gemeinsam mit Bündnispartner*innen aus Gewerkschaften,
187 sozialen Bewegungen, Mieter*inneninitiativen, Kulturschaffenden und weiteren betroffenen
188 Gruppen wollen wir Proteste zur ersten Lesung des Haushaltsentwurfs am 11. September
189 2025 im Abgeordnetenhaus organisieren. [ÄA1d ersetzen durch: Dafür initiieren wir eine
190 Kampagne für die wir Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Mieter*inneninitiativen,
191 Kulturschaffende und weitere von den Kürzungen Betroffene einladen. Als Auftakt dieser
192 Kampagne veranstalten wir zusammen mit unseren Bündnispartner*innen sowie bereits
193 bestehenden Bündnissen, wie z.B. „unkürzbar“ und dem neuen „Bündnis Soziales Berlin“,
194 eine Widerstandskonferenz auf der wir gemeinsam mit Betroffenen eine Strategie für den
195 Kampf gegen die Kürzungen entwickeln werden.

196 Für uns gilt es, alle Kürzungen abzulehnen und zu verhindern. Wir fordern dazu eine
197 auskömmliche Finanzierung der Kommunen durch den Bund, aber auch die Erhöhung der
198 Gewerbesteuer, den Stopp von Zinszahlungen an die Banken und das Ende von
199 Prestigeprojekten.

200 Ziel der Kampagne ist eine Mobilisierung und Organisation aller direkt und indirekt
201 Betroffenen für einen großen Protest zur ersten Lesung des Haushaltsentwurfs am 11.
202 September 2025 und darüber hinaus. Denn nur mit einer breiten Bewegung, die
203 kontinuierlich Druck von unten macht, können wir erfolgreich gegen die Kürzungen kämpfen.
204 Dabei stärken wir unserer Stadträtin Sarah Nagel den Rücken, die sich weigert, die Kürzungen
205 umzusetzen und laden sie ein, ebenfalls zur geplanten Widerstandskonferenz zu kommen.]

206

207 **3. Organisieren**

208 Organisieren heißt die Linke aufbauen: starke Mitglieder und die feste Verankerung im Kiez,
209 Communités, in Bewegung, Universitäten, (Berufs-)Schulen und Betrieben für eine Partei, die
210 kollektive Kämpfe nicht nur begleitet, sondern als strategische Akteurin selbst initiiert,
211 aufbaut und nachhaltig organisiert.

212 Die Linke ist so stark, wie ihre Mitglieder aktiv und vor allem langfristig und nachhaltig
213 eingebunden sind. Für den Aufbau einer widerstandsfähigen, handlungsfähigen und
214 solidarischen Partei ist die Stärkung unserer Basisstrukturen zentral. Organisation heißt
215 nicht nur, neue Mitglieder zu gewinnen – sondern vor allem, sie dauerhaft einzubinden,
216 politische Entwicklung und aktive Teilhabe zu fördern. Eine lebendige Basisorganisation und
217 Arbeitsgemeinschaften sind der Ort, an dem Menschen sich ausprobieren, voneinander

218 lernen, gemeinsam wachsen, sich gegenseitig bestärken und auch einfach Spaß haben. Kurz:
219 kollektiv wirksam werden.

220 Ein nachhaltig eingebundenes Mitglied kennt nicht nur die Strukturen, sondern gestaltet sie
221 aktiv mit. Es übernimmt Verantwortung – als Sprecher*in, Bildner*in, Organizer*in oder
222 Mentor*in. Es wird zur Multiplikator*in im Kiez, im Betrieb, an der Uni oder in Bewegungen.
223 Diese Form der Einbindung ist keine Nebensache, geschieht nicht zufällig, sondern muss
224 gezielt gefördert werden. Mitgliederarbeit ist Kaderaufbau. Kaderaufbau ist das Fundament
225 jeder linken Organisation. Kaderaufbau ist Kontaktarbeit. Kontaktarbeit ist Beziehungs- und
226 Bildungsarbeit. Und all das geschieht in unseren Basisorganisationen und
227 Arbeitsgemeinschaften. Nur mit einer lebendigen, selbstbewussten, aber lernfähigen und
228 strategisch arbeitenden Basis gelingt dauerhafte politische Organisation.

229 Unsere groß angelegte Mitgliederumfrage im Frühjahr – an der fast 500 Genoss*innen
230 teilgenommen haben – hat uns viele wertvolle Hinweise gegeben, wie wir das noch besser
231 machen können. Diesen Schatz an Erfahrungen und Perspektiven wollen wir gezielt nutzen –
232 für politische Organisationsentwicklung, neue Formate und den Ausbau bestehender
233 Strukturen. Die Verantwortung für die Umsetzung dieser Maßnahmen liegt beim Vorstand. Er
234 muss sicherstellen, dass ausreichend personelle, finanzielle und zeitliche Ressourcen für die
235 Organisationsentwicklung und Mitgliederarbeit zur Verfügung stehen.

236 **Fortsetzung der regelmäßigen Vernetzungstreffen** von BO- und AG-Sprecherinnen mit dem
237 Vorstand: Dieses offene Format ermöglicht Austausch auf Augenhöhe, schafft Transparenz
238 über laufende Aktivitäten, bündelt politisches Engagement und soll Fragmentierung
239 verhindern. Künftig sollen auch Mandatsträger*innen regelmäßig teilnehmen – zur
240 strategischen Orientierung, Rückkoppelung und besseren Verzahnung unserer Arbeit.

241 **Gründung und Stabilisierung von Basisgruppen:** Viele BOen in Neukölln sind derzeit
242 überlastet und brauchen Entlastung. Wir müssen sicherstellen, dass sie arbeitsfähig und
243 integrativ bleiben, vor allem attraktiv für neue Mitglieder. Unser Ziel ist deshalb die
244 Gründung von drei neuen BOen oder AGen bis Ende des Jahres – parallel zur gezielten
245 Stabilisierung und Unterstützung der bestehenden Gruppen.

246 **Begleitung und Unterstützung beim Aufbau neuer Gruppen:** Neue BOen, AGen oder
247 Sprecher*innen werden nicht allein gelassen, sondern erhalten praktische und politische
248 Unterstützung durch erfahrene Genoss*innen, z.B. durch ein Mentor*innensystem. Ergänzt
249 wird das durch Workshops und einem Leitfaden für Gruppenarbeit und kollektive
250 Verantwortung – damit niemand das Rad neu erfinden muss.

251 **Dem Aufbau Süd in Neukölln** kommt große Bedeutung zu. Der Süden Neuköllns ist von
252 Verdrängung und steigenden Mieten betroffen, die rechtsextreme Szene ist hier besonders
253 stark. Kampagnen für Mietendeckel, mehr Sozialwohnungen und gegen Zwangsräumungen
254 und klare antifaschistische Position sowie die Unterstützung migrantischer Communities sind
255 hier zentrale Themen. Darüber hinaus gilt es, Forderungen zur sozialen Infrastruktur zu
256 formulieren: Bessere Schulen, Kitas, Spielplätze und Jugendzentren. Arbeit und Soziales:

257 Viele Menschen im Süden arbeiten in prekären Jobs. Initiativen für Mindestlohnkontrollen,
258 faire Arbeitsbedingungen und gegen Leiharbeit sind notwendig. Mobilisierungen während
259 der Wahlkämpfe im Süden Neuköllns müssen nachhaltig gemacht werden. Dazu gehört der
260 Aufbau bzw. Weiterentwicklung unserer BOen vor Ort wie z.B. die Gropiusstadt.

261 **Verankerung in betrieblichen / gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen**

262 Das Thema Betrieb und Gewerkschaft ist als strategischer Fokus zentral für die Durchsetzung
263 von Klasseninteressen und linker Politik. Das gilt auch für die Linke Neukölln. Wir wollen,
264 unsere betrieblich/ gewerkschaftliche Arbeit stärken. Dies beinhaltet Mitglieder dafür zu
265 sensibilisieren, ihr Arbeitsfeld /Erwerbsarbeit als Ort der politischen Auseinandersetzung zu
266 begreifen, betrieblich/ gewerkschaftliche Themen und Auseinandersetzungen stärker mit
267 Mitgliedern zu diskutieren und durch Bildungsangebote zu begleiten. Es wird vorgeschlagen,
268 eine AG Betrieb und Gewerkschaft zu gründen, in der sich Mitglieder treffen, um ihre
269 betrieblich/ gewerkschaftliche Arbeit abzustimmen und sich gegenseitig zu unterstützen.

270 **Unterstützung der Taskforce Parteaufbau** als dauerhafte Struktur für systematische
271 Mitgliederarbeit. Hier werden Formate zur politischen Einbindung entwickelt und die Arbeit
272 der Neumitgliederverantwortlichen koordiniert. Ein zentrales Projekt ist die Einführung des
273 Tools Zetkin, mit dem wir unsere Kontaktarbeit, Mobilisierung und
274 Veranstaltungsorganisation systematisieren können.

275 **Aktivenkonferenz der Linken Neukölln:** Im Herbst 2025 organisieren wir eine Konferenz für
276 alle Aktiven, Bündnispartner*innen und Verbündeten, um uns besser zu vernetzen,
277 gemeinsame Kämpfe vorzubereiten und Strategien für eine starke Linke zu entwickeln.

278

279 **Nach der Wahl ist vor der Wahl**

280 2026 stehen die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur
281 Bezirksverordnetenversammlung an. Nach dem fulminanten Bundestagswahlkampf und dem
282 großen Mitgliederzuwachs haben wir jetzt die Chance, auch bei den kommenden Wahlen
283 stark und sichtbar anzutreten – und mehrere Genoss*innen aus Neukölln in die Parlamente
284 zu bringen. Wir sind in Wahlkämpfen geübt, das haben wir unter Beweis gestellt. Wir wollen
285 an der erfolgreichen Wahlkampfstrategie anknüpfen und für die Wahlen 2026
286 weiterentwickeln.

287 Der Vorstand wird aufgefordert, den Wahlkampf 2026 zeitnah vorzubereiten,
288 Wahlkampfziele unter breiter Beteiligung der Mitgliedschaft zu diskutieren, um dann mit
289 einer erfolversprechenden Strategie in den Vorwahlkampf zu starten. In einem weiteren
290 Schritt werden dann die Kandidat*innen aufgestellt. Wer für Die Linke Neukölln kandidiert,
291 tut das nicht für sich allein, sondern im Namen der Mitgliedschaft.

292 Wahlkampfziele, die wir unter anderem diskutieren wollen: Erheben wir Anspruch auf das
293 Amt des Bezirksbürgermeisters in Neukölln? Schaffen wir es die stärkste Fraktion in der BVV
294 stellen? Und mindestens drei Neuköllner Mandate für das Abgeordnetenhaus zu gewinnen?

295 Mit dem Rückenwind, den die Partei Die Linke nicht zuletzt in Neukölln erfährt und der
296 aktiven Mitgliedschaft sind diese Ziele zu erreichen. Für uns ist klar: Wahlerfolge sind kein
297 Selbstzweck. Veränderung geschieht nicht allein durch Einzelne im Parlament – sondern
298 braucht Organisation, gemeinsame Kämpfe und eine starke, lebendige Basis.

299 **Taskforce Wahlen**

300 Deshalb gründen wir eine Taskforce Wahlen. Wir wollen unsere Abgeordneten gezielt
301 begleiten und unterstützen. Wir stellen eine enge Rückkoppelung zwischen
302 Mandatsträger*innen und Bezirksverband sicher.

303

304 **Last but not least...**

305 Wenn wir an unsere Erfolge anknüpfen, die Linke Neukölln weiter aufbauen und einen
306 überzeugenden Wahlkampf 2026 führen wollen, braucht es eine wertschätzende, integrative
307 und organisierende Praxis, die zum gemeinsamen Handeln einlädt. Dafür wiederum braucht
308 es: demokratische und transparente Strukturen, eine solidarische Streitkultur – und Räume,
309 die verbinden. Auf dieser Grundlage – und orientiert an den Themen und Anliegen der
310 Neuköllner*innen sowie den Antworten in der Mitgliederumfrage – wollen wir in den
311 kommenden Monaten konkrete Maßnahmen entwickeln und umsetzen, um unsere Arbeit im
312 Bezirksverband nicht nur inklusiver, sondern vor allem auch im Bezirk wirksamer zu
313 gestalten. Wir bringen so viel mit – jetzt geht es darum, dass wir uns auch wirksam
314 einbringen und gemeinsam aktiv sein können. Packen wir es an!

Änderungsantrag ÄA1a

Menschen vor Profite! Für eine starke Linke!

Antragsteller:innen: BO Kranoldkiez, Ferat Koçak, Miro Marsicevic (BO Rixdorf), Jonas Ibel
(BO Sonne)

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

Ergänze in Antrag A1 auf S. 6 nach Zeile 136:

Vermüllung und Abfallpolitik

Wir fordern eine linke Abfallpolitik, die soziale Ursachen ernst nimmt, ökologische Verantwortung übernimmt und solidarische Lösungen organisiert. Wir wollen, dass die Neuköllner:innen sich wieder auf ihren Straßen und in ihren Kiezen wohlfühlen können. Als Bezirksverband der Linken Neukölln werden wir uns weiter mit lokalen Initiativen vernetzen und diese unterstützen. Wir setzen uns für eine nachhaltige Müllreduktion in unseren Kiezen ein, durch Unterstützung von und Einsatz für: Umweltbildungsangeboten, Aufklärung und

Öffentlichkeitsarbeit, flächendeckende öffentliche Mülleimer, Schaffung von Sperrmülltagen und die Errichtung von mehr Drogenkonsumräumen in den Kiezen. Zudem setzen wir und dafür ein, dass der Landesverband eine kritische Evaluation der Reinigungsklassen der BSR durch die entsprechenden Verantwortlichen unterstützt. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten der BSR und kämpfen gemeinsam mit ihnen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Bezahlung und Personaldeckung.

Begründung:

Eines der vier meistgenannten Themen, die uns die Menschen an den Haustüren mit in den vergangenen Wahlkampf gegeben haben, war die zunehmende Vermüllung von Neukölln. Und wer hier durch manche Kieze spaziert, sieht schnell, dass das weit mehr als nur ein wahrgenommenes Problem ist: wild entsorgte Sperrmüllberge, überquellende Abfalleimer, und vom Wind durch die Straßen verwehter Hausmüll. Unter vielen unserer Nachbar:innen verstärkt sich der Eindruck, dass Neukölln vom Senat links liegen gelassen wird. Bei vielen macht sich Resignation über die Politik breit - die Vermüllung ist ein weiterer Faktor, der den Menschen das Gefühl gibt, keinerlei Mitsprache bei der Gestaltung ihrer Stadt zu haben. Bei wieder anderen löst es rassistische Reflexe aus - anstatt sich zu fragen, warum es in den reicheren Stadtteilen weitaus sauberer aussieht, suchen sie die Schuld bei migrantischen Personen.

Das zeigt bereits: Vermüllung ist mehr als ein ästhetisches oder alltagspraktisches Problem, sondern ein zutiefst politisches. Müll ist eben auch die unschöne Seite unserer kapitalistischen Wegwerfgesellschaft. Müll wird verdrängt und versteckt - aber in unseren Weltmeeren schwimmen gigantische Plastikstrudel und längst findet sich Mikroplastik in unser aller Blut. Müll auf der Straße - wie hier in Neukölln - ist aber auch mit sozialem Stigma verbunden und wird zunehmend zu einem Ausdruck gesellschaftlicher Ungleichheit. Wir sehen die Vermüllung als Problem, das uns alle betrifft, und auf das wir linke Antworten brauchen, die an den materiellen Ursachen ansetzen und sich nicht in einer symbolischen Law-and-Order-Politik erschöpft.

Gerade in einem so dicht besiedelten Bezirk wie Neukölln brauchen wir deshalb ein wirksames, soziales und nachhaltiges Stadtreinigungs- und Abfallentsorgungskonzept. Unser (partei-)politischer Ansatz ist, "Müll" als ein mobilisierendes Themenfeld zu begreifen, in und mit dem die Partei Die Linke sich weiter als eine organisierende Kraft etablieren kann, die 1) solidarisch mit Bewohner:innen und Initiativen zusammenarbeitet, 2) konkret die Lebenssituation in unseren Kiezen verbessert, und 3) als politische Partei die strukturellen und institutionellen Ursachen bekämpft.

Dazu gehört eine klare Politisierung des Themas: Denn Müll ist ein Symptom kapitalistischer Verhältnisse. Eine Wegwerfgesellschaft trifft auf Menschen, die sich kein Auto leisten können, um ihren Sperrmüll loszuwerden. Übertourismus und Gentrifizierung führen nicht nur zu Verdrängung und Obdachlosigkeit, sondern tragen auch zu einem erhöhten Müllaufkommen bei. Die Arbeitsbedingungen und finanzielle Ausstattung der BSR unterliegt

ebenso der harten Kürzungspolitik des Senats wie andere wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge. Und während die BSR, genauso wie viele andere Betriebe und Industrien zunehmend unter einem Fachkräftemangel leidet, leben hier tausende Geflüchtete Menschen, die zwar gerne arbeiten würden, aber aufgrund einer rassistischen Politik nicht dürfen. Die Linke Neukölln soll sich diesen Ursachen entgegenstellen und das Gute Leben für Alle durchsetzen.

Änderungsantrag ÄA1b

Menschen vor Profite! Für eine starke Linke!

Antragsteller:innen: Anja Zech (BO Rixdorf, LAG Kinderarmut), Susanka Sambefski (BO Rixdorf, LAG Kinderarmut)

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

Ersetze die Überschrift auf Seite 7 in Zeile 168 „Kürzungen“ durch:

„Kampf gegen Kürzungen und strukturelle Unterfinanzierung bei Bildung, Jugend und Sozialem“

Ergänze auf Seite 7 in Zeile 170 hinter „Neukölln“:

„Nach Jahrzehnten neoliberaler Politik sind die Neuköllner Schulen, die Jugendsozialarbeit, die Kinder- und Jugendhilfe und die soziale Daseinsvorsorge ohnehin in einem desolatem Zustand.“

Ergänze auf Seite 7 in Zeile 173 hinter „sollen“:

„nun weiter“

Begründung:

Der Kampf gegen die Kürzungspolitik des Berliner Senats ist wichtig. Die politische und sprachliche Fokussierung auf das Thema „Kürzungen“ greift aber zu kurz und könnte ein Einverständnis mit dem status quo suggerieren. Sparpolitik und neoliberale Umstrukturierungen seit den 90er Jahren (oft mitgetragen unter linker Regierungsbeteiligung) haben dazu geführt, dass Berliner Schulen in einem äußerst maroden Zustand sind.

Die Kinder- und Jugendhilfe in Berlin kann schon seit Jahren ihre Aufgaben nur noch rudimentär erfüllen. Es fehlen dringend benötigte Einrichtungen, die Jugendämter sind kaum noch fähig den Kinderschutz zu gewährleisten.

Die Zersplitterung der Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit in „freie Träger“ hat gewerkschaftlicher Organisierung und betrieblicher Mitbestimmung massiv geschadet, die Beschäftigten leiden unter prekären Arbeitsbedingungen.

Aufgrund der desaströsen Personalausstattung der Bezirksämter müssen Hilfsbedürftige oft wochen- bis monatelang warten, bis sie dringend notwendige Leistungen wie Wohngeld oder Hilfe zur Pflege erhalten. Der Kampf gegen die aktuelle Kürzungspolitik muss flankiert werden von einer grundsätzlichen Benennung und Bekämpfung dieser Missstände durch die Partei die Linke. Hierin liegt auch die Voraussetzung für die dringend notwendige (Weiter)Entwicklung einer glaubhaften Vision und einer konkreten Programmatik für gute Bildung und für eine solidarische und bedarfsgerechte soziale Daseinsvorsorge.

Änderungsantrag ÄA1c

Menschen vor Profite! Für eine starke Linke!

Antragsteller:innen: Moritz Fromme (BO Rixdorf)

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1. Ersetze in Antrag A1 auf S. 4 in Zeile 27f „Wir machen Politik mit den Menschen, nicht für sie.“ durch:
„Wir machen Politik mit und für die Menschen.“
2. Ergänze auf S. 4 in Z. 31 nach „Rassismus“:
„und Antisemitismus“
3. Ersetze auf S.4 in Z. 35f: „systemoppositionellen, sozialistischen Massenpartei“ durch:
„antikapitalistischen, sozialistischen Mitgliederpartei“
4. Ergänze auf S.4 in Z. 40 nach „ein starker Wahlkampf“:
„starke Interessenvertretung in den Parlamenten“
5. Ergänze auf S. 7 in Z. 155 nach „Völkermord“:
„und für die Aufnahme palästinensischer Geflüchteter sowie die Freilassung aller israelischen Geiseln“

Änderungsantrag ÄA1d

Antragsteller:innen: BO Reuterkiez

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

Ersetze auf S. 8 in Z. 186ff „Gemeinsam mit Bündnispartner*innen aus ... im Abgeordnetenhaus organisieren.“ durch:

Dafür initiieren wir eine Kampagne für die wir Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Mieter*inneninitiativen, Kulturschaffende und weitere von den Kürzungen Betroffene einladen. Als Auftakt dieser Kampagne veranstalten wir zusammen mit unseren Bündnispartner*innen sowie bereits bestehenden Bündnissen, wie z.B. „unkürzbar“ und dem neuen „Bündnis Soziales Berlin“, eine Widerstandskonferenz auf der wir gemeinsam mit Betroffenen eine Strategie für den Kampf gegen die Kürzungen entwickeln werden.

Für uns gilt es, alle Kürzungen abzulehnen und zu verhindern. Wir fordern dazu eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen durch den Bund, aber auch die Erhöhung der Gewerbesteuer, den Stopp von Zinszahlungen an die Banken und das Ende von Prestigeprojekten.

Ziel der Kampagne ist eine Mobilisierung und Organisation aller direkt und indirekt Betroffenen für einen großen Protest zur ersten Lesung des Haushaltsentwurfs am 11. September 2025 und darüber hinaus. Denn nur mit einer breiten Bewegung, die kontinuierlich Druck von unten macht, können wir erfolgreich gegen die Kürzungen kämpfen. Dabei stärken wir unserer Stadträtin Sarah Nagel den Rücken, die sich weigert, die Kürzungen umzusetzen und laden sie ein, ebenfalls zur geplanten Widerstandskonferenz zu kommen.“

Begründung:

Der Sozialabbau trifft nicht „alle“ – er trifft vor allem die abhängig Beschäftigten, Frauen, Kinder, Senior*innen und Menschen marginalisierter Gruppen. Während Konzerne weiterhin mit öffentlichen Geldern gefördert werden, stehen soziale, kulturelle und öffentliche Einrichtungen vor dem Aus. Die Politik der SPD-CDU-Koalition folgt wie jede bürgerliche Regierung einer Logik, die Reichtum schützt und Armut organisiert. Gleichzeitig erstarben rechte Kräfte, die soziale Not instrumentalisieren, um ihre rassistische und autoritäre Agenda zu verbreiten. Wenn wir jetzt keinen sichtbaren und organisierten Widerstand aufbauen, überlassen wir ihnen das Feld. Es ist unsere Aufgabe als sozialistische Partei, die Kämpfe gegen Kürzungen zu bündeln, öffentlichkeitswirksam zuzuspitzen und eine Alternative zu benennen, die nicht auf haushalterische Tricks, sondern auf soziale Gerechtigkeit und demokratische Kontrolle der Wirtschaft setzt. Der Widerstand muss jetzt organisiert werden – bevor weitere irreversible Einschnitte Realität sind! Die Linke Neukölln muss zeigen, dass sie bereit ist, diesen Kampf zu führen – nicht nur mit Worten, sondern mit Taten.

Antrag A2 (Neu)

Unseren Gebrauchswert praktisch machen - Streiksoli mit den Kita-Erzieher:innen der Kita Eigenbetriebe organisieren

Antragsteller:innen: Anja Zech (BO Rixdorf, LAG Kinderarmut), Nina Papenfuß (BO Hermannstraße, Büroteam Ferat), Felix Künkel (BO Rixdorf, AG Sorgearbeit), Josephine Sahner (BO Kranoldkiez)

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

- 1 Der Bezirksverband Die Linke Neukölln setzt in den kommenden 12 Monaten einen Fokus auf
- 2 die Unterstützung der Organisations- und Streikaktivitäten der Kita-Beschäftigten der
- 3 Berliner Eigenbetriebe in Neukölln.

- 4 Wir stellen uns hinter die Forderung der Kolleg*innen nach mehr Lohn (Tarifrunde der
- 5 Länder) und einem zusätzlichen Tarifvertrag für Pädagogische Qualität zur Entlastung der
- 6 Kolleg*innen.

- 7 Unseren Beitrag zum Erfolg der Auseinandersetzung sehen wir – neben der konkreten
- 8 Unterstützung vor und im Streik – einerseits im Aufbau einer Solidaritätsbewegung
- 9 bestehend aus Neuköllner Eltern und weiteren Verbündeten. Dabei werden wir auch
- 10 ausloten, wie wir Eltern und Beschäftigte von Neuköllner Kitas, die keine Eigenbetriebe sind,
- 11 mit einbeziehen können. Andererseits Zudem wollen wir Erziehung und Bildung - zentrale
- 12 Klassenfragen unserer Zeit - im Rahmen des Vorwahlkampf und Wahlkampfes als zentrale
- 13 Themen setzen und hier organisierend im Kiez wirken.

- 14 Zu den genannten Zwecken wird eine Projektgruppe Kita ins Leben gerufen, die in enger
- 15 Abstimmung mit der AG Sorgearbeit, Büroteam Ferat und dem Vorstand arbeitet.

- 16 Die Kommunikationskanäle der Partei, des Vorstands und der Abgeordneten sollen genutzt
- 17 werden, um das Thema in der öffentlichen Wahrnehmung zu verstärken.

Begründung:

Die Lage an den Berliner Kitas ist dramatisch. Chronische Unterfinanzierung und vor allem eine massive personelle Unterbesetzung machen frühkindliche Bildungsarbeit und professionelle Kinderbetreuung nahezu unmöglich. Teilweise herrschen Zustände, die das Kindeswohl gefährden. Die völlige Überlastung der Erzieher*innen führt zu Stress in den Kitas, zu häufigen Schließtagen aufgrund von Krankheit, zu einem hohen Verschleiß der Beschäftigten und dazu, dass viele gezwungen sind, den Beruf, den sie eigentlich mit Begeisterung ausüben würden, aus gesundheitlichen Gründen aufzugeben.

Im vergangenen Sommer haben die Erzieher*innen der Kita-Eigenbetriebe für einen Tarifvertrag „*Pädagogische Qualität und Entlastung*“ gekämpft. Sie haben es geschafft, eine überwältigende Zustimmung für einen unbefristeten Streik zu organisieren, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Der Arbeitskampf der Erzieher*innen der Berliner Kita-Eigenbetriebe wurde in letzter Sekunde gerichtlich verboten. Begleitet wurde dieses Verbot von einer medialen Hetzkampagne, von Drohungen der Betriebsleitungen und direkten Appellen an die Eltern, die allesamt darauf abzielten, einen Keil zwischen die Berliner Eltern und die Erzieher*innen zu treiben. Dabei teilen Erzieher*innen und Eltern viel: So bedeuten bessere Arbeitsbedingungen eine bessere Betreuungs- und pädagogische Qualität. Gemeinsam könnten sie eine starke Gegenmacht aufbauen — und genau davor hat der Senat Angst.

Jetzt steht zunächst die TDL-Runde an, im kommenden Jahr dann erneut die Auseinandersetzung um pädagogische Qualität und Entlastung.

Für die bei ver.di organisierten Erzieher*innen sind drei Punkte entscheidend, um die Tarifrunde im Herbst vorzubereiten und damit neuen Schwung für einen erneuten Kampf um pädagogische Qualität und Entlastung im kommenden Jahr zu schaffen:

1. Das Thema bis dahin in der Öffentlichkeit präsent halten.
2. Politische Bewusstseinsbildung und Organisation bei Erzieher*innen und Eltern fördern.
3. Streikvorbereitung: solidarische Ersatzbetreuung organisieren.

Wir wollen hier unterstützen. Ziel ist es, im Herbst dieses Jahres gemeinsam mit gewerkschaftlichen Akteuren und anderen gesellschaftlichen Kräften eine erste Versammlung zu organisieren, auf der Erzieher*innen und Eltern beispielsweise gemeinsam Punkte für Parteiprogramme oder Wahlkämpfe erarbeiten.

Um bis dahin möglichst viele Eltern zu erreichen, setzt die Linke Neukölln auf die gezielte Aktivierung ihrer Mitglieder, die aktuell Kinder in Kitas haben. Linke Eltern können vormachen, wie eine solidarische Elternorganisation an Kitas aussehen kann, um weitere Eltern anzusprechen. Linke Eltern sollen durch Telefonaktionen und über Schneeballsysteme aktiviert werden. Außerdem können Eltern über die Basisorganisationen einbezogen werden.

Die Elternschaft soll beispielsweise in enger Abstimmung mit den organisierten Erzieher*innen dabei unterstützt werden, Ersatzbetreuung zu organisieren. Die häufigen krankheitsbedingten Kitaausfälle bieten dabei eine Gelegenheit, geeignete Strukturen im Vorfeld der Tarifauseinandersetzungen zu erproben und aufzubauen. Solche Räume der Ersatzbetreuung sollen Orte der Politisierung sein, an denen die gemeinsamen Interessen von Eltern und Erzieher*innen an besseren Bedingungen für Sorgearbeit deutlich werden.

Durch unsere praktische Unterstützung können wir den Mehrwert unserer Partei unter Beweis stellen und starke Bündnisse mit den Kolleg*innen schmieden. Lasst uns für eine echte Wende in der Sorge- und Bildungspolitik zu kämpfen, die eine solidarische Gesellschaft antizipiert.

Antrag A3 (Neu)

Bezirksstruktur weiterentwickeln, Verantwortung auf mehr Schultern verteilen

Antragsteller:innen: Tony Pohl (BO Gropiusstadt), Sarah Nagel (BO Hermannstraße), Philipp Dehne (BO Hermannstraße, Bezirksvorstand), Ludwig Lindner (BO Hermannstraße), Stefanos Kontovitsis (BO Hermannstraße, Bezirksvorstand), Bruno Lux (BO Hermannstraße), Laura Rondholz (BO Hermannstraße)

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

1 Der Bezirksvorstand der Linken Neukölln wird gebeten, ~~der Mitgliedervollversammlung bis~~
2 ~~spätestens Ende 2025~~ ein Konzept für eine Strukturreform des Bezirksverbandes zu
3 erarbeiten und der Mitgliedervollversammlung möglichst bis Ende 2025 zur Abstimmung
4 vorzuschlagen. Dabei werden interessierte Mitglieder eingeladen, sich im Rahmen einer
5 offenen Arbeitsgruppe an der Erarbeitung zu beteiligen. ~~Es soll geprüft werden, ob Im~~
6 ~~Rahmen der Erstellung des Konzepts soll erörtert werden, welche strukturellen Änderungen~~
7 ~~den Bezirksverband vor dem Hintergrund des immensen Mitgliederzuwachses am besten in~~
8 ~~seiner Weiterentwicklung unterstützen. In diesem Prozess soll offen diskutiert werden, ob~~
9 ~~und inwiefern~~ Ortsverbände mit eigenen Vorständen innerhalb des Bezirksverbands gemäß
10 Abs. 2 § 14 der Berliner Landessatzung der Partei DIE LINKE sowie die Umstellung der
11 Mitgliedervollversammlung auf eine Hauptversammlung (Delegiertenversammlung) eine
12 sinnvolle Option sind ~~und gegebenenfalls in das Strukturreformkonzept einfließen.~~

Begründung:

Die Linke Neukölln ist rasant gewachsen auf inzwischen mehr als 2000 Mitglieder. Die Arbeitsstrukturen sind allerdings noch weitestgehend dieselben wie vor zehn Jahren, als die Mitgliederzahl noch bei unter 500 lag. Die Hauptverantwortung lastet nach wie vor auf einem Sprecher*innenteam und einem 14-köpfigem Bezirksvorstand. Diese Struktur hat sich in letzter Zeit als immer weniger belastbar erwiesen. Eine Reform erscheint dringend erforderlich.

Die sich aktuell bildende BO & AG-Sprecher*innen-Vernetzung ist eine gute Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen, er allein reicht aber nicht aus, die sich

stellenden Strukturfragen zu beantworten und eine aktive Struktur für über 2.000 Mitglieder zu schaffen. Unsere Parteisatzung ermöglicht es, zwischen Bezirksverband und Basisorganisationen eine zusätzliche Gliederungsebene einzuziehen, sogenannte Ortsverbände. Diese werden innerhalb Neuköllns geographisch abgegrenzt. Sie halten eigene Mitgliedervollversammlungen ab, wählen eigene Vorstände und fällen in gewissem Rahmen eigene Entscheidungen. Dies schafft die dringend nötige Entlastung für den Gesamt-Bezirksvorstand. Gleichzeitig ermöglicht es weit mehr engagierten Mitgliedern als heute, Verantwortung innerhalb unserer Partei zu übernehmen. Die Mitgliedervollversammlung des Bezirks könnte durch eine Bezirkshauptversammlung ersetzt werden, in die (analog zum Landes- und Bundesparteitag) Delegierte der neugegründeten Ortsverbände entsandt werden. Dies würde die basisdemokratische Mitbestimmung stärken.

Da Gremienarbeit in der Partei in der Regel ein Ehrenamt ist (wofür es sehr gute Gründe gibt), muss auch der Arbeitsumfang in den Gremien dem Umfang eines Ehrenamtes angemessen sein. Das heißt, es muss zeitlich möglich sein, die Aufgaben auch neben alltäglicher Lohn- und Care-Arbeit sinnvoll auszuüben (ohne dabei z.B. gegenüber Parteihauptamtlichen benachteiligt zu sein). Dies ist im Neuköllner Vorstand zuletzt immer weniger gelungen. Die angedachte Strukturreform soll hier Abhilfe schaffen – und so auch die zu vergebenden Wahlämter wieder für mehr Leute attraktiv machen und letztlich unserem Bezirksverband so weiteres „gesundes“ Wachstum ermöglichen.

Wichtig ist, dass wir als Bezirksverband die Weiterentwicklung unserer Basisstrukturen zeitnah angehen, sich Mitglieder aktiv darin einbringen können und dieser Prozess transparent abläuft.

Antrag A4 (Neu)

Neue Stärke für neue Aufgaben: Bezirksverband gemeinsam neu aufstellen

Antragsteller:innen: Hannah Vongries (BO Ost); Barbara Heinrich; Nils Laubach (Bezirksvorstand); Stefanos Kontovitsis (BO Hermannstraße, Bezirksvorstand); Sprecher*innen-Team der AG QueerFeminismus (Ezequiel Pascual, Xenia Bukowsky (Bezirksvorstand), Gabriel Mehmel, Quoi Röwer, Louisa Neitz); Lukas Burger (Sprecher*innen-Team BO Rix); Sprecher*innen-Team der BO Ost-Neukölln (Lion Wagner, Lara Haidinger); Anton Fastenau (AG Kampagne, BO Ost); Antonia Heinrich (AG Kampagne, BO Ost); Johanna Frieg (BO Ost); Ariane Rosing (Sprecher*innen-Team BO Rix)

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

1 Der Bezirksverband Die Linke Neukölln führt auf der nächsten regulären
2 Mitgliederversammlung im September/Oktober 2025 ~~die vorgezogene Neuwahl des~~
3 ~~gesamten Bezirksvorstands durch.~~ eine Debatte über die unterschiedlichen politischen
4 Vorstellungen zum Aufbau der Partei und des Bezirksverbandes durch, die im Bezirksverband
5 bestehen. Dazu können alle Beteiligten (Bezirksvorstand, zurückgetretene
6 Vorstandsmitglieder, Antragsteller*innen des Neuwahl-Antrags, Basisorganisationen) bis zwei
7 Wochen vor der Versammlung schriftliche Diskussionsbeiträge, ggf. als Teil von
8 Kandidaturschreiben, einreichen, ~~welche allen Mitgliedern zugesendet werden,~~ und
9 erhalten die Gelegenheit, diese bei der MVV vorzustellen. Auf Basis dieser Debatte soll
10 entschieden werden, ob es zu einer Neuwahl des Bezirksvorstands kommen soll. Im
11 Anschluss an die Debatte wird der Bezirksvorstand neu gewählt. So ist für die
12 Mitgliedschaft eine informierte und auf einem vorherigen Diskussionsprozess beruhende
13 Neuwahl möglich.

14 Ziel ist es, politische Handlungsfähigkeit herzustellen, eine verbindende Strategie zu
15 entwickeln und eine parteiinterne Struktur zu schaffen, die ~~Teilhabe~~, die Beteiligung von
16 Genoss*innen und Strömungen mit unterschiedlichen Vorstellungen, und zielgerichtete
17 strategische Arbeit ermöglicht und der Verdopplung der Mitgliedschaft gerecht wird. Es
18 liegen große Aufgaben vor uns. ~~Diese werden wir nur bewältigen können, wenn Klarheit über~~
19 ~~die politischen Aufgaben besteht und politische Differenzen offen, solidarisch und~~
20 ~~demokratisch ausdiskutiert werden.~~ Dafür braucht es einen handlungsfähigen Vorstand mit
21 klarem Mandat, das von allen Mitgliedern demokratisch legitimiert ist.

Begründung:

Die Linke Neukölln hat im letzten Jahr Geschichte geschrieben.

Mit dem ersten Direktmandat im Westen, dem besten Zweitstimmenergebnis unserer Geschichte und über 1.000 neuen Mitgliedern allein seit Jahresbeginn haben wir gezeigt, was möglich ist: Ein klassenorientierter und verbindender Politikansatz, getragen von strategischer Klarheit.

Doch mit diesem Erfolg ist der Bezirksverband nicht mehr derselbe wie zuvor: Er hat sich mehr als verdoppelt. Viele Aktive aus dem Wahlkampf und aus Bewegungen sind zu uns gestoßen. Diese neue Realität braucht eine neue Legitimation.

In der aktuellen Situation reicht es nicht aus, lediglich vakante Positionen im Vorstand nachzubesetzen. Dafür gibt es drei zentrale Gründe:

1. Politische Ausrichtung des Bezirksvorstands ist umstritten

Im Bezirksverband gibt es ein breites gemeinsames inhaltliches Grundverständnis. Aber politische Einigkeit auf dem Papier ersetzt keine gemeinsame strategische Praxis. Gerade bei der Auswertung und Weiterentwicklung des Bundestagswahlkampfes 2025 zeigen sich klare Unterschiede: Teile des Vorstands haben sich wiederholt kritisch gegenüber der

Wahlkampfstrategie und dem Ansatz, Politik anders zu machen, geäußert und deren politische Wirkung infrage gestellt. Dabei war der Wahlkampf, inspiriert von Nam Duy Nguyens Kampagne in Leipzig und Zohran Mamdani's Kampagne in New York, ein voller Erfolg: getragen von tausenden Aktiven insbesondere an den Haustüren und verbunden mit einer neuen Art, Wahlkampf für die Linke Neukölln zu führen. Zugleich hat der durch die vorgezogenen Neuwahlen und den Überlebenskampf der Partei entstandene Ausnahmezustand eine funktionierende Kommunikations- und Entscheidungsstruktur erschwert. Dies führte zu Unklarheiten über die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse einzelner Gremien. Für die anstehenden BVV- und AGH-Wahlen muss dieser Prozess systematisch ausgewertet werden, um eine handlungs- und kampagnenfähige Struktur zu schaffen, die eine verlässliche Rückkopplung an den Vorstand gewährleistet.

Die Differenzen im Vorstand betreffen nicht nur Stilfragen, sondern den politischen Kurs sowie die politische Strategie und Kommunikation:

Wie sprechen wir Menschen außerhalb der Partei an? Wie schaffen wir dauerhafte Verankerung in der Nachbar*innenschaft? Welche Rolle spielt niedrigschwellige Organisation? Sprechen wir nur zu den bereits Überzeugten, oder nehmen wir die Herausforderung an, auch die Unentschlossenen zu gewinnen und uns gemeinsam zu organisieren? Wie verbinden wir Internationalismus und Klassenpolitik? Wollen wir politisch-strategische Schwerpunkte setzen, die mittel- und langfristig die Ausrichtung unserer Arbeit im Bezirk umrahmen, und wenn ja, welche? Möchten wir uns als Bezirksverband an der politischen Erneuerung der Landes- und Bundespartei beteiligen oder wollen wir das nicht? Wollen wir unsere Erfolge nutzen, um eine zukunftsfähige Perspektive für Die Linke in Berlin zu gestalten, die sich nicht verbiegen lässt, aber gewinnt – und so Teil einer echten Erneuerung der Partei wird?

Diese Fragen sind entscheidend für die strategische Ausrichtung zu den AGH- und BVV-Wahlen 2026. Eine einfache Nachwahl beantwortet diese Konflikte nicht. Eine Neuwahl des gesamten Vorstands schafft die Möglichkeit, dass die Kandidierenden ihre Positionen und Strategien zu den politischen Herausforderungen unserer Zeit sowie zum Parteaufbau konkret darstellen. So kann die Mitgliedschaft auf dieser Grundlage eine politische Entscheidung treffen.

2. Strukturelle Handlungsunfähigkeit besteht fort

Bereits kurz nach der Neuwahl des Bezirksvorstands und während und nach der Wahlkampagne war die Arbeit des Vorstands von Spannungen, Verzögerungen und organisatorischen Blockaden geprägt. Die Rücktritte von Sprecherin und stellvertretender Sprecherin können nicht einfach als persönliche Überforderung gelesen werden. Vielmehr deuten sie auf tieferliegende strukturelle Probleme hin: etwa eine dauerhaft angespannte Arbeitsweise, fehlende gemeinsame Prioritäten und Rollenverständnisse sowie Blockaden in der Entscheidungsfindung.

Auch andere Vorstandsmitglieder haben wiederholt über mangelnde Handlungsfähigkeit und eine belastende Arbeitsatmosphäre berichtet. Nahezu die Hälfte der Vorstandsmitglieder hat bereits über einen Rücktritt nachgedacht. Eine Nachwahl würde in ein Gremium nachbesetzen, das kein gemeinsames strategisches Fundament mehr hat. Die notwendige Neuaufstellung braucht angesichts der immensen Herausforderungen ein geschlossenes Mandat.

3. Der Verband hat sich grundlegend verändert

Mit über 1.000 neuen Mitgliedern seit Jahresbeginn, über 2.000 Mitgliedern insgesamt und einer veränderten Zusammensetzung steht die Linke Neukölln heute vor ganz anderen Aufgaben als noch bei der letzten Vorstandswahl im Herbst 2024. Viele neue Mitglieder wollen mitgestalten, aber die aktuelle Zusammensetzung des Vorstands spiegelt diese Entwicklung nicht mehr wider.

Eine bloße Nachwahl würde neue Mitglieder in ein Gremium wählen, das sich in zentralen Fragen uneins ist und in dem wichtige Rollen vakant oder überlastet sind. Eine vollständige Neuwahl ist daher kein Bruch mit dem bestehenden Mandat, sondern ein demokratischer Schritt, um dem Vorstand ein erneuertes, gemeinsames Mandat zu geben: passend zur neuen Realität unseres Verbands und den vor uns liegenden Aufgaben.

Unser Ziel: eine gemeinsame Erneuerung auf klarer Grundlage

Eine Neuwahl ist kein Bruch, sondern eine Einladung

- zur Weiterentwicklung unserer politischen Strategie,
- zur Stärkung unserer kollektiven Handlungsfähigkeit,
- und zur strategisch-strukturellen Aufstellung für die kommenden Aufgaben: von der Verankerung im ganzen Bezirk, der Bewegungsarbeit bis hin zur Berlinwahl 2026.

Deshalb beantragen wir die vorgezogene Neuwahl des Bezirksvorstands auf der nächsten Mitgliedervollversammlung im September/Oktober 2025. Damit geben wir der Mitgliedschaft die Möglichkeit, den Bezirksverband in seiner neuen Realität auch formal und politisch neu aufzustellen.

Änderungsantrag ÄA4a

Neue Stärke für neue Aufgaben: Bezirksverband gemeinsam neu aufstellen

Antragsteller:innen: Ahmed Abed (Fraktionsvorsitzender BVV Neukölln), Ibraimo Alberto (BO Reuterkiez), Jim Berghäuser (BO Reuterkiez), Lucie Billmann (Sprecherin im Sprecher*innenkollektiv der BO Rixdorf), Tim Brandes (BO Sonne), Philipp Dehne (Bezirksvorstand, BO Hermannstraße), Sophie Dieckmann, Vedi Emde (Bezirksvorstand, BO Sonne), Moritz Fromme (BO Rixdorf), Aurore Gantheret (BO Sonne), Elke Götz (BO

Reuterkiez), Joachim Haske (BO Reuterkiez), Sebastian Horn (BO Rixdorf), Ronald Luther (BO Reuterkiez), Elfriede Müller (BO Reuterkiez), Hermann Nehls (Sprecher des Bezirksverbands, BO Reuterkiez), Nina Pietropoli (Bezirksvorstand, BO Sonne), Tony Pohl (BO Gropiusstadt, AG Sozialsprechstunde, Geschäftsführer Linksfraktion Neukölln), Michael Prütz (BO Sonne), Wilhelmina Raulf (BO Sonne), Lucy Redler (BO Reuterkiez), Josephine Sahner (Schatzmeisterin des Bezirksverbands, BO Kranoldkiez), Luis Sanz Jardón (Stellv. Sprecher des Bezirksverbands, BO Kranoldkiez), Jorinde Schulz (BO Hermannstraße), Johannes von Simons (BO Reuterkiez), Sascha Staničić (BO Reuterkiez), Rouzbeh Taheri (BO Sonne), Kai Weluda (Bezirksvorstand, BO Sonne), Emmi Stiegler (Bezirksvorstand, BO Kranoldkiez), Moritz Wittler (BO Rixdorf), Jan Zofka (Sprecher BO Kranoldkiez), Sprecher*innenteam BO Sonne, Sprecher*innenteam AG Kultur und P.R.

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Ersetze den Text des Antrag A4 durch:

Der Bezirksverband Die Linke Neukölln führt auf der nächsten regulären Mitgliederversammlung im September/Oktober 2025 **eine Debatte über die unterschiedlichen politischen Vorstellungen zum Aufbau der Partei und des Bezirksverbandes durch, die im Bezirksverband bestehen. Dazu können alle Beteiligten (Bezirksvorstand, zurückgetretene Vorstandsmitglieder, Antragsteller*innen des Neuwahl-Antrags, BOs) bis zwei Wochen vor der Versammlung schriftliche Diskussionsbeiträge einreichen, welche allen Mitgliedern zugesendet werden, und erhalten die Gelegenheit, diese bei der MVV vorzustellen. Auf Basis dieser Debatte soll entschieden werden, ob es zu einer Neuwahl des Bezirksvorstands kommen soll.**~~die vorgezogene Neuwahl des gesamten Bezirksvorstands durch.~~

Ziel ist es, politische Handlungsfähigkeit herzustellen, eine verbindende Strategie zu entwickeln und eine parteiinterne Struktur zu schaffen, die **die Beteiligung von Genoss*innen und Strömungen mit unterschiedlichen Vorstellungen Teilhabe, und** zielgerichtete strategische Arbeit ermöglicht und der Verdopplung der Mitgliedschaft gerecht wird. Es liegen große Aufgaben vor uns. **Diese werden wir nur bewältigen können, wenn Klarheit über die politischen Aufgaben besteht und politische Differenzen offen, solidarisch und demokratisch ausdiskutiert werden.** ~~Dafür braucht es einen handlungsfähigen Vorstand mit klarem Mandat, das von allen Mitgliedern demokratisch legitimiert ist.~~

Begründung:

Für viele Mitglieder sind die im Bezirksvorstand bestehenden Differenzen bisher nicht ausreichend nachvollziehbar. Auch der Begründungstext zum Antrag „Neue Stärke für neue Aufgaben: Bezirksverband gemeinsam neu aufstellen“ lässt mehr erahnen, worum es geht, als

dass die Differenzen und die Kritik am bisherigen Vorstand ausreichend dargelegt würden. Die Entscheidung über eine Neuwahl des Bezirksvorstands sollte jedoch auf Basis einer demokratischen und inhaltlichen Debatte getroffen und nicht übers Knie gebrochen werden.

Antrag A5

Schaffung einer halben Stelle (20Stunden/Woche) für die gewählten Sprecher*innen des Bezirksverbandes

Antragsteller:innen: Ralf Hoffrogge, Lucy Redler, Rouzbeh Taheri

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

- 1 Der Bezirksvorstand wird mit der Schaffung einer halben Stelle (20 Stunden/Woche) für die
- 2 beiden Sprecher*innen des Bezirksverbandes beauftragt. Die Arbeitsstunden können von
- 3 einer Sprecher*in oder anteilig von beiden geleistet werden. Über die Aufteilung
- 4 entscheiden die Sprecher*innen im Einvernehmen, im Konfliktfall der Bezirksvorstand. Das
- 5 Gehalt orientiert sich an vergleichbaren Stellen in der Partei bzw. am Haustarifvertrag.

Begründung:

Der Bezirksverband Neukölln hat aktuell ca. 2000 Mitglieder. Wir haben einen Bundestagsabgeordneten, neun Mitglieder in der BVV und eine Stadträtin, und wahrscheinlich, nach der nächsten Wahl, mehrere Abgeordneten im Berliner Abgeordnetenhaus. Hinzu kommen mehrere Mitarbeitende, die beim Bundestag bzw. bei der BVV angestellt sind. Alle diese Personen werden, in unterschiedliche Höhe, für ihre Arbeit entlohnt und spenden überdurchschnittlich viel von diesem Geld an die Partei bzw. für politische und soziale Anliegen, worauf wir als Bezirksverband stolz sein können.

Der Bezirksvorstand arbeitet dagegen komplett ehrenamtlich. Dies führt dazu, dass:

1. Die Mitglieder des Bezirksvorstandes, und in erster Linie hier die Sprecher*innen, mit extrem viel Arbeit überhäuft werden, was immer wieder - und auch aktuell - zu Überlastungssituationen führt.
2. Es zu einem großen politischen Ungleichgewicht zwischen den Möglichkeiten der in Vollzeit oder Teilzeit entlohnten Mitglieder in Parlamenten und ihren Mitarbeitenden auf der einen, und den von der Partei gewählten, ehrenamtlichen Mitgliedern des Bezirksvorstandes auf der anderen Seite kommt.

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes werden nicht nur von der Mitgliederversammlung gewählt, im Gegensatz zu Parlamentsmitgliedern können sie auch jederzeit abgewählt werden. Somit sind sie viel stärker der Kontrolle der Mitgliedschaft unterworfen.

Um noch einmal die Größenordnungen zu verdeutlichen: Ein Landesverband der Linken mit der annähernden Mitgliederzahl unseres Bezirksverbandes hatte im Jahr 2023 mindestens drei Vollzeitstellen zur Verfügung.

Wir können die Funktionsweise der bürgerlichen Parlamente, die auf eine Verselbstständigung der gewählten Parlamentarier*innen und ihre Trennung von der Basis abzielen, nicht komplett aushebeln. Wir können aber diese Funktionsweise reflektieren und Gegengewichte dazu schaffen. Dazu gehört die Einführung eines durchschnittlichen Lohns für alle gewählten Mitglieder eines Vollzeitparlaments und ihre Rechenschaftspflicht, aber auch andere Maßnahmen wie in der jetzt entstandenen Situation die teilweise Bezahlung unserer Sprecher*innen. Hierbei ist die Einrichtung einer halben Stelle nur ein kleiner Schritt. Für größere Schritte fehlen uns aktuell leider die Mittel. Wenn wir aber von den gewählten Genoss*innen erwarten, dass sie unseren Bezirksverband vertreten und für uns „ins Feuer“ gehen, dann ist es auch unsere solidarische Pflicht ihnen die Unterstützung zu geben, zu der wir im Stande sind.

Antrag A6

Konzept für eine Stelle für Mietenorganizing, Basisarbeit und Verankerung im Kiez

Antragsteller:innen: AG Kampagne

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

- 1 Anfang des Jahres konnten wir in Neukölln Unglaubliches erreichen. Über eine groß
- 2 angelegte, mutige und methodisch gut ausgearbeitete Wahlkampagne konnten wir in
- 3 Neukölln erstmals ein Direktmandat für uns gewinnen. Dabei haben die Menschen an den
- 4 Haustüren "Wohnen und Miete" im Schnitt als ihr dringendstes Problem genannt - genau das
- 5 gilt es jetzt nach der Wahl anzupacken!
- 6 Wir haben immer wieder betont: Wenn wir wollen, dass sich an unseren Verhältnissen etwas
- 7 ändert, müssen wir uns zusammenschließen. Es gilt jetzt, diese Forderung praktisch zu
- 8 unterfüttern mit einer groß angelegten mietenpolitischen Kampagne.
- 9 Wir fordern deshalb den Vorstand der Linken Neukölln auf, ein Konzept für die Einrichtung
- 10 und Finanzierung einer Stelle für Mietenorganizing, Basisarbeit und Verankerung im Kiez zu
- 11 entwickeln und beim Landesverband zu beantragen.

- 12 Die Stelle soll der strategischen Unterstützung und Koordination einer mietenpolitischen
13 Kampagnen der LINKEN Neukölln dienen – insbesondere im Hinblick auf:
- 14 • den langfristigen Aufbau von stabilen Kiezstrukturen in betroffenen Vierteln,
 - 15 • die politische Einbindung und Unterstützung neu entstehender Mieter*innen-
16 Initiativen,
 - 17 • die Koordination der Arbeiten zwischen den verschiedenen AGs und BOs der Linken
18 Neukölln,
 - 19 • die Verbindung von Organizing-Ansätzen mit den laufenden Kampagnen (z. B.
20 Deutsche Wohnen & Co. Enteignen),
 - 21 • die Vorbereitung und Begleitung eines sozial verankerten, mietenpolitisch fundierten
22 Wahlkampfs zur AGH-Wahl 2026.
 - 23 • Das Konzept soll insbesondere folgende Punkte berücksichtigen:
 - 24 • organisatorische Anbindung der Stelle an den Bezirksverband, enge Zusammenarbeit
25 mit den AG's und BO's der Linken Neukölln, sowie Mieter*inneninitiativen im Bezirk,
 - 26 • mögliche Finanzierungsmodelle
 - 27 • Aufgabenprofil der Stelle (Schwerpunkt: Mietenorganizing, Basisarbeit, Bildungs- und
28 Mobilisierungsarbeit),
 - 29 • Evaluation und Perspektive der Verstetigung über die Wahl 2026 hinaus.

Begründung:

Die AG Kampagne der LINKEN Neukölln hat in ihrem aktuellen Kampagnenplan einen strategischen Schwerpunkt auf Mietenorganizing gelegt, weshalb wir im Austausch und in Zusammenarbeit mit den BOs in Neukölln daran in den nächsten Monaten intensiv arbeiten wollen.

Ziel ist es, langfristige politische Organisation im Kiez aufzubauen, neue Aktive jenseits der etablierten Strukturen zu gewinnen und die Partei in den betroffenen Vierteln stärker zu verankern.

Um diese Ziele praktisch umzusetzen, braucht es neben ehrenamtlichem Engagement auch verlässliche, koordinierte Strukturen. Eine bezirklich verankerte Organizing-Stelle kann hier entscheidend zur Professionalisierung, Kontinuität und Wirkungskraft der Arbeit beitragen. In anderen Bewegungszusammenhängen (z. B. DWE, Kiezteams, Stadtteilgruppen) hat sich gezeigt, dass personelle Kontinuität und lokale Ansprechpersonen eine wichtige Rolle für den Aufbau handlungsfähiger Strukturen spielen.

Gerade mit Blick auf die AGH-Wahl 2026 ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um die organisatorischen Grundlagen für einen mietenpolitisch fundierten und sozial verankerten Wahlkampf zu legen – und damit über die Wahl hinaus Strukturen aufzubauen, die reale Veränderungsperspektiven im Sinne einer sozialistischen Stadtpolitik eröffnen.

Antrag A7

In den Aufbau Süd investieren – mit einer Stelle für Community Organizing

Antragsteller:innen: BO Gropiusstadt

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

1 Der Bezirksvorstand wird gebeten, eine Stelle für Community Organizing einzurichten und zu
2 besetzen. Das Ziel ist der Aufbau von Parteistrukturen im Süden Neuköllns. Neben der
3 Einrichtung und Betreuung einer lokalen Niederlassung des Bezirksverbands
4 (Nachbarschaftslokal) sollen zu bestimmende Zielgruppen im lokalen Umfeld im Rahmen von
5 Projekt- und Kampagnenarbeit erschlossen und an die Partei Die Linke herangeführt werden.
6 Auf diese Weise sollen Mitglieder gewonnen und die lokalen Wahlergebnisse verbessert
7 werden.

8 Die zentralen Aufgaben für die Stelle sind:

- 9 • Identifikation von Zielgruppen für Community Organizing
- 10 • Konzeptionierung von Projekten und Kampagnen im Rahmen der Erschließungsarbeit
- 11 • Koordination von projektvorbereitenden und -begleitenden Haustürbefragungen oder
- 12 ähnlichen Formaten
- 13 • Projekt- und Kampagnenkoordination

14 Darüber hinaus bestehen folgende Nebenaufgaben:

- 15 • Identifikation von geeigneten Gewerbemietobjekten für das Nachbarschaftslokal sowie die
- 16 administratorische Bewältigung der Anmietung, Einrichtung und Ausstattung in
- 17 Zusammenarbeit mit der Geschäftsstelle
- 18 • Betreuung des Nachbarschaftslokals: Geschäftsführung, Gewährleistung von Sprechzeiten,
- 19 Koordinierung der Nutzung des Lokals durch Gremien/Gruppen innerhalb des
- 20 Bezirksverbands und durch Dritte.

Begründung:

Die Linke Neukölln ist nach wie vor in erster Linie in Nordneukölln innerhalb des S-Bahn-Rings verankert. Gleichwohl wohnen mehr und mehr Mitglieder in Britz Nord. Dort wie auch in der Köllnischen Heide können wir bei Wahlen starke Stimmzuwächse verbuchen. Weiter im Süden des Bezirks gibt es jedoch kaum noch Mitglieder. Südlich des Einzugsgebiets der BO Kranold versucht die BO Gropiusstadt (vormals BO Süd) seit Jahren einen Anlaufpunkt für Linke in Südneukölln zu etablieren. In großen Teilen von Britz sowie in Buckow und Rudow gibt es jedoch keine Strukturen. Dennoch konnten insbesondere in Gropiusstadt durch den Haustürwahlkampf zur Bundestagswahl 2025 beachtliche Ergebnisse errungen werden. Auf diesem Erfolg gilt es aufzubauen und die Zustimmungswerte für Die Linke zu konsolidieren und in Mitglieder umzumünzen.

Die vergangenen Bemühungen zum Parteaufbau im Süden zeigen, dass dies nicht nur durch ehrenamtliches Engagement und personelle Unterstützung aus Nordneukölln erfolgen kann. Umgekehrt können aber mit einer hauptamtlichen Stelle Projekte angestoßen und das ehrenamtliche Engagement vor Ort verstärkt werden.

Durch die Schaffung einer lokalen Niederlassung wird die Sichtbar- und Ansprechbarkeit im Stadtteil erhöht. Die Niederlassung bietet einen Ausgangspunkt für Aktivitäten vor Ort, bspw. in Zusammenarbeit mit der AG Kampagne/Haustür, und stärkt die Kooperation mit Dritten.

Antrag A8

Strategieprozess Regierungsbeteiligung

Antragsteller:innen: Britta Häfemeier (Sprecherin BO Sonne), Edgar Ikkelzon (Sprecher BO Sonne), Gloria Rieger (Sprecherin BO Sonne), Kai Weluda (Bezirksvorstand BO Sonne), Julius Krüger (BO Sonne), Yaak Pabst (Sprecher BO Sonne), Lucie Hoffkamp (BO Sonne)

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

- 1 Als Bezirksverband beteiligen wir uns am vom Landesparteitag beschlossenen
- 2 „Strategieprozess zur Regierungsbeteiligung“ (Antrag A17), der die Frage der
- 3 Regierungsbeteiligung in Berlin und die Zukunft der Partei behandelt.
- 4 https://dielinke.berlin/fileadmin/user_upload/Beschluss_A17.pdf
- 5 Wir bringen dabei die Neuköllner Tradition in die Debatte ein, DIE LINKE als
- 6 Oppositionspartei aufzubauen und weiterzuentwickeln.
- 7 Die Mitgliedervollversammlung fordert den Bezirksvorstand, die Fraktion sowie die
- 8 Basisorganisationen und Arbeitsgemeinschaften dazu auf, gemeinsam Diskussionsformate zu
- 9 entwickeln, die die Ablehnung einer Regierungsbeteiligung in Berlin unter den
- 10 gegenwärtigen politischen Bedingungen verständlich und überzeugend vermitteln.
- 11 Ein besonderes Anliegen ist es uns, allen Mitgliedern Argumentationshilfen in diesen
- 12 politischen Positionen bereitzustellen. Dazu streben wir auch an, eine Textsammlung
- 13 bereitzustellen - mit Texten, die sowohl die bisherigen Regierungsbeteiligungen der LINKEN
- 14 in Berlin kritisch aufarbeiten, als auch historische Erfahrungen und theoretische Beiträge zur
- 15 Regierungsfrage vermitteln – bspw. von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin oder der III.
- 16 Internationale.
- 17 Ebenso macht der BV Öffentlichkeitsarbeit über verschiedene Kanäle wie Social Media
- 18 Auftritte und Veranstaltungen, um unseren Unterstützer*innen und Wähler*innen das
- 19 Konzept der Oppositionspartei im Hier und Jetzt nachvollziehbar darzustellen.

Antrag A9

Bürgerdebatte Gerechte Steuern und Finanzen

Antragsteller:innen: Thomas Ortmann, Simon Wieschollek

Die Mitgliedervollversammlung möge beschließen:

- 1 Der Bezirksvorstand wird gebeten, das Thema „Bürgerdebatte Gerechte Steuern und
- 2 Finanzen“ auf die Tagesordnung der nächsten Mitgliedervollversammlung zu setzen.

Begründung:

Das Netzwerk Steuergerechtigkeit und der Bund der Steuerzahler organisieren die „Bürgerdebatte Gerechte Steuern und Finanzen“. Dort wird diskutiert, wie ein gerechtes Steuersystem aussehen kann. Solche Beteiligungsformate können helfen, die steuerpolitische Debatte aus der Expertennische zu holen und neue Impulse zu setzen. Zur weiteren Erläuterung wird auf den anliegenden Kommentar (Anlage) der Referentin für Steuerrecht und Steuerpolitik beim Netzwerk Steuergerechtigkeit, Julia Jirmann, verwiesen.

Auf der nächsten Mitgliedervollversammlung soll auf Basis der Ergebnisse der o. g. Initiative darüber entschieden werden, ob und ggf. wie die Linke Neukölln die Idee einer steuer- und finanzpolitischen Bürgerdebatte künftig in der eigenen politischen Praxis aufgreifen sollte.

Julia Jirmann

»Weiter so« statt Gerechtigkeit: Die Steuerpläne der GroKo

Schon vor Beginn der Koalitionsverhandlungen hatten sich Union und SPD auf eine zentrale Weichenstellung geeinigt: mehr Schulden. Ein noch vom alten Bundestag gemeinsam mit den Grünen Mitte März beschlossenes Sondervermögen soll Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, Energie und Bildung ermöglichen. Zusätzlich wird die Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben gelockert. Insgesamt sollen jährlich rund hundert Mrd. Euro zusätzlich über Kredite investiert werden. Angesichts der moderaten Staatsverschuldung gilt das als tragfähig. Doch auch tragfähige Schulden müssen langfristig bedient werden – und das wirft unweigerlich die Frage nach einer fairen Lastenverteilung auf.

In demokratischen Gesellschaften wird diese Frage in erster Linie über das Steuersystem verhandelt. Es legt fest, wer welchen Beitrag zum Gemeinwesen leistet, welche Gruppen entlastet und welche stärker in die Pflicht genommen werden. Die Antwort der neuen Koalition auf die Verteilungsfrage fällt jedoch eindeutig aus: Große Vermögen werden nicht an der Krisenbewältigung beteiligt, sehr hohe Vermögenseinkommen werden sogar weiter entlastet. Union und SPD setzen damit die ungerechte Steuerpolitik fort. Dabei wäre ein umfassendes Update des Steuersystems dringlicher denn je.

Zwar finanzieren Steuern und Beiträge das Gemeinwesen und sichern den Wohlstand in Deutschland so verlässlich wie in nur wenigen anderen Ländern. Das Steuersystem sorgt dafür, dass sowohl Menschen mit hohem Arbeitseinkommen als auch kleine und

mittelständische Betriebe einen wesentlichen Beitrag leisten. Doch für hohe Vermögenseinkommen gelten zahlreiche Steuerprivilegien. Eigentümer großer Konzerne und von Immobilienvermögen sowie Erben von Milliardenvermögen zahlen, gemessen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, häufig viel zu wenig Steuern.

Das war nicht immer so. Doch in den vergangenen Jahrzehnten haben sich viele Staaten dem Druck von Steueroasen und Lobbyorganisationen gebeugt und sich gegenseitig mit Steuerentkungen für Superreiche und große Konzerne unterboten. Mittlerweile zahlen superreiche Unternehmens-eigentümer häufig niedrigere Steuer- und Abgabensätze als die Mittelschicht. Auch in Deutschland gilt: Erwerbstätige zahlen fast die Hälfte ihres Einkommens an Steuern und Abgaben. Die effektive Steuerlast Superreicher liegt dagegen oft bei nur 25 bis 30 Prozent – und das inklusive Unternehmenssteuern. Bis Mitte der 1990er Jahre mussten sie noch mehr als doppelt so viel ihres Einkommens an Steuern leisten.

Diese Entwicklung ist das Ergebnis politischer Entscheidungen, sprich: der Aussetzung der Vermögensteuer 1997 sowie Reformen im Unternehmenssteuerrecht. Dazu gehört die schrittweise Halbierung der Unternehmenssteuer auf einbehaltene Gewinne in den 2000er Jahren. Zudem wurde ermöglicht, Unternehmensgewinne steuerlich begünstigt in Beteiligungsgesellschaften anzusparen. Auch höhere Renditen großer Vermögen tragen dazu bei, dass sich diese vor allem in den Hän-

den Weniger konzentrieren. Ungeachtet der Krisen wachsen die größten Privatvermögen in Deutschland stetig weiter an, während die Vermögensverteilung hierzulande extrem ungleich ist: Das reichste Prozent besitzt über 35 Prozent. Die ärmere Hälfte hält hingegen nur rund zwei Prozent und damit, abgesehen von Rentenansprüchen, fast nichts – sie profitiert auch nicht von steigenden Vermögenspreisen.

Alein 2024 sind die deutschen Milliardenvermögen laut dem „Manager Magazin“ um weitere 60 Mrd. Euro gestiegen und haben erstmals die Marke von 1000 Mrd. Euro überschritten. In den vergangenen 20 Jahren haben sie sich mehr als vervierfacht. Trotz dieses enormen Wachstums wurde zu wenig in die Zukunftsfähigkeit des Landes investiert – etwa in öffentliche Infrastruktur, Bildung, Gesundheitsversorgung oder Klimaschutz. Um die gegenwärtigen Herausforderungen zu bewältigen, sind eine gerechtere Verteilung und ein effizienterer Einsatz der vorhandenen Ressourcen nötig. Die breite Arbeitnehmerschaft zahlt in Deutschland bereits hohe Steuern und insbesondere hohe Sozialbeiträge. Zwar stellt die Koalition hier mittelfristig Entlastungen in Aussicht, doch angesichts teurer Steuersenkungen an anderer Stelle erscheint fraglich, ob diese Versprechen eingelöst werden können. Vielmehr ist zu erwarten, dass die Sozialabgaben weiter steigen. Sollen Arbeitseinkommen künftig nicht noch stärker belastet werden, müssen große Vermögen und Vermögenseinkommen endlich angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Privilegien für Superreiche abbauen

Wie aber sollte ein grundlegendes Update des Steuersystems aussehen? Ein zentraler Schritt wäre die Einführung einer Mindeststeuer für Superreiche. Eine Steuer von zwei Prozent auf Vermögen von über 50 oder 100 Mio. Euro

könnte bestehende steuerliche Privilegien bei hohen Vermögenseinkommen ausgleichen. Statt derzeit nur 25 bis 30 Prozent würde eine solche Maßnahme deren Steuerbeitrag in etwa verdoppeln und auf das Niveau des Reichensteuersatzes der Einkommensteuer heben.

Auch in anderen Industriestaaten wurden Vermögen und Vermögenseinkommen steuerlich entlastet, während öffentliche Haushalte und Demokratien zunehmend unter Druck geraten. International wächst angesichts dessen die Einsicht: Niedrige Steuern für Hochvermögende sind nicht mehr Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. 2024 einigten sich daher die G20-Staaten erstmals darauf, die Besteuerung von Superreichen wirksam voranzutreiben. Höhere Steuern könnten künftig global koordiniert werden.

Die Erhebung von Vermögensteuern scheidet bislang nicht an juristischen Hürden, sondern am politischen Willen. Das Grundgesetz erlaubt sie ausdrücklich, und die sogenannte Wegzugsteuer wirkt bereits effektiv gegen Steuerflucht. Die SPD hatte die Vermögensteuer auf ihrer Wunschliste für die Koalitionsverhandlungen, doch vereinbart wurde sie nicht, im Gegenteil. Die nun von Union und SPD ab 2028 in Aussicht gestellten pauschalen Unternehmenssteuersenkungen führen letztlich dazu, dass auch der effektive Steuersatz für Superreiche weiter sinkt. Zumal Steuersenkungen mit der Gießkanne – unabhängig davon, ob Gewinne in Deutschland reinvestiert oder nur am Finanzmarkt oder im Ausland angelegt werden – weder wirtschaftlich sinnvoll noch nachhaltig sind. Dass Deutschland mehr investieren muss, um seinen Wohlstand zu sichern, ist unstrittig. Zugleich bescheidenen selbst Auftragsstudien von Wirtschaftsverbänden pauschalen Steuersenkungen nur geringe Effekte auf Investitionen und Wachstum. Zudem führen sie zu erheblichen Steuerausfällen – mit der Folge, dass notwendige öffentliche Investitionen möglicher-

weise ausbleiben. Profitieren werden vor allem die Vermögenden, die große Unternehmen oder Unternehmensanteile besitzen. Im Übrigen zeigt sich bei den Unternehmenssteuern international ein anderer Trend: Zwischen 2022 und 2024 haben zum ersten Mal seit langer Zeit mehr OECD-Staaten den Steuersatz für ihre Unternehmen erhöht, statt ihn zu senken.

Klar ist: Deutschland steht vor einem Strukturwandel, den die Politik steuerlich gezielt begleiten muss – vor allem durch die Förderung von Investitionen etwa in Infrastruktur, nachhaltige Technologien, Wohnungsbau und das Gesundheitswesen. Das wirksamste Instrument dafür sind zeitlich befristete Sonderabschreibungen in Bereichen mit besonders hohem Investitionsbedarf. Zwar hat die Koalition neben der Steuersatzsenkung auch die Abschreibungsregeln erweitert, allerdings ohne Ausrichtung auf Investitionen, die besonders dringend gebraucht werden.

Dringend reformbedürftig sind auch die Steuerregelungen im Immobilienbereich. Zahlreiche steuerliche Privilegien tragen aktuell dazu bei, dass Immobilieninvestoren ganz ohne Neubauabsichten steuergünstig große Gewinne erwirtschaften können. Das treibt die Preise auf dem überhitzten Wohnungsmarkt zusätzlich in die Höhe und erschwert den Zugang zu Wohneigentum für weite Teile der Bevölkerung. Auch hier ist unter der Großen Koalition keine Wende absehbar.

Würden dagegen die hier vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt, wäre der Wohlstand in Deutschland gerechter verteilt. Milliardenvermögen würden dabei nicht einmal abgebaut, sondern lediglich langsamer wachsen.

Um zu verhindern, dass Deutschland zunehmend zu einer Erbesgesellschaft wird, bedarf es zudem einer Reform der Erbschaft- und Schenkungsteuer, denn die aktuelle Besteuerung weist erhebliche Gerechtigkeitsdefizite auf. Jährlich werden hierzulande 300 bis 400 Mrd. Euro verschenkt oder

vererbt, doch das Steueraufkommen daraus ist minimal. Selbst Raucher leisten über die Tabaksteuer einen höheren Beitrag zum Staatshaushalt als Erben – nämlich 15 Mrd. gegenüber neun Mrd. Euro.

Für eine gerechtere Erbschaftsteuer

Hinzu kommt: Auch Erbvermögen sind extrem ungleich verteilt. Die größten Erbschaften werden besonders gering besteuert. So wurden 2023 auf 26 Großvermögen mit einem Gesamtwert von über sechs Mrd. Euro nur 0,1 Prozent Steuern fällig. Der Grund: Unternehmensvermögen profitieren von weitreichenden Steuerbefreiungen und Gestaltungsspielräumen. Das schwächt das Steueraufkommen wie die Umverteilungswirkung der Steuer erheblich. Für eine gerechtere Erbschaftsteuer müssen diese Ausnahmen entfallen. Wenn Unternehmenserben die Steuer über Jahre aus Gewinnen begleichen dürfen, gefährdet dies weder Investitionen noch Arbeitsplätze. Wo nötig, könnte der Staat vorübergehend sogar als stiller Teilhaber einspringen, bis die Steuer bezahlt ist, um Notverkäufe zu vermeiden. Aktuell verzerrt die bestehenden Privilegien den Wettbewerb. Während innovative Nichterben Kredite aufnehmen müssen, profitieren Erben unabhängig von Leistung oder Qualifikation.

Zur Erbschaftsteuer schweigt der Koalitionsvertrag allerdings. Die Steuerprivilegien für superreiche Unternehmenserben bleiben damit vorerst unangetastet – zumindest bis das Bundesverfassungsgericht sie möglicherweise noch in diesem Jahr erneut für verfassungswidrig erklärt.

Ein gerechtes Steuersystem erfordert allerdings nicht nur faire Gesetze, sondern auch eine handlungsfähige Finanzverwaltung und Justiz, die sie wirksam durchsetzen. Der Cum-Ex-Skandal hat deren Fehlen in aller Deutlichkeit vor Augen geführt. Über Jahre

hinweg ließen sich Finanzakteure Kapitalertragsteuern erstatten, die niemals abgeführt worden waren – ein organisierter Griff in die Staatskasse, dessen vollständige Aufarbeitung bis heute aussteht. Auch die milliarden schweren Cum-Cum-Geschäfte, bei denen sich ausländische Investoren über inländische Banken steuerlich privilegieren ließen, offenbaren strukturelle Schwächen in der Steueraufsicht. Doch unter der neuen Bundesregierung ist keine systematische Aufarbeitung des Betrugs in Sicht, obwohl der geschätzte Gesamtschaden bei fast 30 Mrd. Euro liegt. Immerhin erkennen SPD und Union an, dass Cum-Cum-Geschäfte weiterhin möglich sind –, sie bleiben aber lediglich vage bei der Frage, wie sie künftig unterbunden werden sollen. Eine umfassende Strategie zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung wird es wohl auch mit der neuen GroKo nicht geben, ebenso wenig wie eine offizielle Steuerlückenschätzung – die Differenz zwischen tatsächlichen und potenziellen Steuereinnahmen. Hinzu kommen gravierende strukturelle Defizite der Finanzverwaltung: Die Steuerverwaltung wurde über Jahre hinweg personell geschwächt. Gerade in den zentralen Bereichen der Betriebsprüfung und Steuerfahndung fehlt es an spezialisierten Kräften, um komplexe Modelle der Steuervermeidung aufzudecken und konsequent zu verfolgen.

Warum aber tut sich so wenig, obwohl sich die meisten Menschen eine gerechtere Verteilung wünschen? Tatsächlich befürwortet eine Mehrheit der Bevölkerung die Einführung einer Vermögensteuer – selbst unter den Anhängern der CDU liegt die Zustimmung bei 66 Prozent. Dass der politische Druck dennoch gering bleibt, liegt daran, dass trotz ihrer zentralen Rolle für das Gemeinwesen Steuern oft auf Ablehnung oder Desinteresse stoßen. Kaum ein anderes Thema ist so präsent und zugleich so stark von Halbwissen und Mythen geprägt. Viele empfinden die Vermögensverteilung zwar als unge-

recht, doch zugleich fällt es schwer, konkrete Reformvorschläge zu formulieren. Höhere Erbschaftsteuern werden oft abgelehnt – aus Sorge, selbst betroffen zu sein, obwohl hohe Freibeträge dies bei der großen Mehrheit ausschließen. Vermögensteuern finden mehr Zustimmung, doch Ängste vor Arbeitsplatzverlust oder Kapitalflucht dämpfen bei vielen den Reformwillen. Lobbyorganisationen von Vermögenden befeuern diese Ängste gezielt. Zudem säen sie Misstrauen gegenüber dem Staat und verknüpfen das gezielt mit ihren Forderungen nach Steuerentkungen. Tragfähige Vorschläge für Einsparungen bleiben sie dabei schuldig. Menschen, die eigentlich von mehr Umverteilung profitieren würden, wählen unter diesem Eindruck Parteien, die genau diese nicht vertreten.

Es bedarf daher dringend einer faktenbasierten Debatte über Steuern und Finanzen, die informierte Entscheidungen ermöglicht. Bürgerräte und zivilgesellschaftliche Dialoge bieten dafür bewährte Formate. Aktuell hat sich eine ungewöhnliche Allianz zusammengefunden: Das Netzwerk Steuergerechtigkeit und der Bund der Steuerzahler organisieren die „Bürgerdebatte Gerechte Steuern und Finanzen“. Dort wird diskutiert, wie ein gerechteres Steuersystem aussehen kann. Solche Beteiligungsformate können helfen, die steuerpolitische Debatte aus der Expertennische zu holen und neue Impulse zu setzen.

Zwar kann das Steuersystem allein nicht alle Herausforderungen unserer Zeit lösen, doch es bleibt das zentrale Werkzeug für mehr Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Wirtschaft. Die Große Koalition hat sich zwar über neue Schulden finanziellen Spielraum verschafft, bleibt jedoch die Antwort auf die Verteilungsfrage schuldig. Es ist Zeit für eine Neuausrichtung der Steuerpolitik – um die Demokratie zu stärken und die dringend notwendige Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft zu ermöglichen.